

Thorsten Schäfer-Gümbel

Neuer Fortschritt und Kommune

In der Kommune erleben die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar, ob ein Staat, ob Politik überhaupt funktioniert. Städte und Gemeinden könnten Hauptträger des Neuen Fortschritts werden. Dazu müssten sie aber erst einmal neue Freiräume bekommen, denn sie stehen mit dem Rücken zur Wand.

»Die Sozialdemokratie ist seit ihren Anfängen Partei des gesellschaftlichen Fortschritts«. Mit diesen Worten leitete die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Debatte um ihren neuen Fortschrittsbegriff zu Beginn dieses Jahres ein. Dabei geht es hierbei keineswegs um einen technischen bzw. wissenschaftlichen Fortschritt. Es geht vielmehr um einen Fortschritt hin zu einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft. Es geht also um gesamtgesellschaftlichen Fortschritt, an dem alle teilhaben können und sollen.

Fortschritt in diesem Sinne kann nur funktionieren, wenn er alle Bereiche umfasst, in den großen wie den kleinen Themen. Oder besser, in den internationalen wie den lokalen Themen. Erfahrbar wird Fortschritt aber insbesondere in den Alltagsbezügen, im konkreten beruflichen und sozialen Umfeld. Daher steht die Kommunalpolitik in besonderer Weise im Fokus sozialdemokratischer Fortschrittspolitik. Hier wird unmittelbar erfahrbar, ob der Staat funktionsfähig ist oder nicht. In den Städten und Gemeinden erleben die Bürgerinnen und Bürger, ob sie einen guten Kindergarten, eine gute Schule, eine gute Wohnraumversorgung, eine gute Verkehrsinfrastruktur und stabile Nachbarschaften haben oder nicht.

Daher kommt auch und vor allem den Kommunen in der Frage des »Neuen Fortschritts« eine so große Bedeutung zu. In



Thorsten Schäfer-Gümbel

(* 1969) ist Vorsitzender der SPD Hessen und der hessischen SPD-Landtagsfraktion.

t.schaefer-guembel@ltg.hessen.de

den Kommunen wird dieser Fortschritt sinnlich erfahrbar. Dort wird deutlich, ob die Früchte des Fortschritts gerecht verteilt werden. Die Kommune ist die Ebene, die am nächsten an der Lebenssituation der Menschen liegt und die am unmittelbarsten auf sie einwirkt.

Folgt man diesem Gedanken, kommt man unweigerlich zu dem Schluss, dass ein Fortschritt in diesem Sinne in den vergangenen Jahren nicht stattgefunden hat. In vielen Fällen ist ein Stillstand festzustellen, in den meisten haben wir sogar Rückschritte gemacht.

Die Unterfinanzierung aller öffentlichen Ebenen hat für die Städte und Gemeinden besondere schwere Auswirkungen. Sie stehen am Ende der öffentlichen Verteilungskette und haben nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten eigene Einnahmen zu erzielen. Kommunale Angelegenheiten, die als gesetzliche Aufgaben vorgeschrieben sind, können nicht oder nur noch teilweise wahrgenommen werden. Als letzte Konsequenz wurde in vielen Fällen sogar öffentliches Eigentum wie z.B. Kranken-

Keine Vorratsdatenspeicherung
#dasistsozi

bei (frühkindlicher) Bildung, Verkehr und Abfall wird ein wesentlicher Träger des neuen Fortschritts sein.

Was sich unbedingt ändern muss

Ausgangspunkt ist deshalb, dass die Finanzausstattung der Städte, Gemeinden und Landkreise endlich in einer Form geregelt wird, die ihnen die Sicherstellung der Daseinsvorsorge ermöglicht. Die gescheiterten Reformen zu den Kommunal финанzen sind eine wesentliche Bremse für den Neuen Fortschritt. Sie können notwendige Aufgaben nicht leisten, wenn die Finanzausstattung weiterhin prekär bleibt. Die Übernahme der Grundsicherungslasten nach dem Kompromiss zur Neuregelung des Arbeitslosengeldes II ist ein wichtiger Beitrag gewesen. Dabei darf es aber nicht bleiben.

Neben der Finanzausstattung müssen wir die in vielen Bundesländern schwierigen und restriktiven Regelungen zur wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen so lockern, dass die Kommunen rechtssicher in Feldern der Daseinsvorsorge wie Energie und Wasser agieren können und damit auch Möglichkeiten zur Hebung eigener Einnahmen haben. Dass die Energiewende ohne eine aktive Rolle der Städte und Gemeinden nicht umsetzbar ist, verstehen immer mehr Akteure. Die Umsetzungsdefizite nach der Erkenntnis sind aber erheblich. Der Hinweis darauf, dass nach einer rechtlichen Neuregelung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen auch eine geänderte Praxis der Kommunalaufsicht notwendig ist, ist an dieser Stelle mehr als ein deklaratorischer Hinweis.

Neben den beiden vorgenannten Aspekten muss die unsinnige Trennung zwischen sogenannten Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben aufgehoben werden. Unser

häuser, Energieversorger, Stromnetze verkauft und privatisiert. Im Ergebnis steht eine Vielzahl von Kommunen heute mit dem Rücken an der Wand und kann die sogenannten Pflichtaufgaben nicht mehr aus den Einnahmen decken.

Die Sozialdemokratie darf deshalb, wenn sie den »Neuen Fortschritt« ausruft und ihn neu entwickelt, nicht über die Kommunen hinweg denken. Im Gegenteil, die Städte und Gemeinden müssen der zentrale Ausgangspunkt für einen Neuen Fortschritt sein. Er muss genau dort stattfinden, weil Fortschritt dort wirkt und erfahrbar wird. Der gestaltende Staat mit verlässlichen und guten Dienstleistungen

Fortschritt ist Bildung
#dasistsozi

Bildungssystem ist auf der Kooperation zwischen Ländern einerseits und Städten und Gemeinden andererseits aufgebaut. Wenn aber Sport und Musik einerseits freiwillige kommunale Leistungen und andererseits in den Schulen unzureichend unterrichtet werden, dann werden alle Ansprüche an Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit ins absurde verschoben. Wir brauchen kommunale Sport- und Musikinfrastruktur wenn wir unsere Bildungsziele erreichen wollen. Die kommunale

Musikschule als eine freiwillige Aufgabe einzustufen muss daher ein Ende haben.

Die SPD ist seit ihren Anfängen die Partei des gesellschaftlichen Fortschritts, deshalb hat die Kommune immer eine zentrale Rolle in ihrem Politikverständnis gespielt. Die Kommunen stehen mit dem Rücken zur Wand. Wir müssen den Kommunen neue Freiräume schaffen, damit sie ihre Aufgaben auch erledigen können. Die Arbeit am Neuen Fortschritt fängt dann nämlich erst an. ■

Julian Nida-Rümelin

Die Idee des Fortschritts und die Identität der Sozialdemokratie

Der »Neue Fortschritt« wird in der Debatte zumeist geschichtsmetaphysisch überhöht. Hilfreich ist das nicht, konstatiert unser Autor.

Der Vorstand der SPD hat Anfang 2011 einen umfangreichen »Entwurf für ein SPD-Fortschrittsprogramm« diskutiert. Dieses Papier bündelt die seit der Niederlage in der Bundestagswahl 2009 begonnenen Initiativen für ein neues programmatisches Profil der deutschen Sozialdemokratie. Sigmar Gabriel hatte dazu in einer fulminanten und inhaltlich anspruchsvollen Rede den Auftakt gegeben. Allen, die diese Rede gehört oder nachträglich wenigstens in Auszügen gelesen hatten, musste klar sein, dass die Zeit einer verbreiteten programmatischen Indifferenz der politischen Spitzen vorbei ist. In der Tat braucht die deutsche und die europäische Sozialdemokratie eine Phase der programmatischen Neubesinnung. Die Zeiten des dominierenden Marktradikalismus in der Ökonomie, in den politischen Beratungsinstitutionen, in den Medien und unter wirtschaftlichen und gesellschaftlichen



Julian Nida-Rümelin

(* 1954) lehrt Philosophie und politische Theorie an der Universität München, er war Kulturstaatsminister im ersten Kabinett Schröder und ist Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission. Zusammen mit Klaus Kufeld hat er kürzlich im *Alber Verlag* den Band *Zur Gegenwart der Utopie* herausgegeben.
Sekretariat.Nida-Ruemelin@lrz.uni-muenchen.de

Führungskräften sind vorbei und es wird immer offenkundiger, dass die Politik der Zukunft auf das Paradigma der modernen Sozialdemokratie nolens volens zurückgreifen muss, nämlich eine starke demokratisch legitimierte Gestaltungskraft, die den institutionellen Ordnungsrahmen setzt für technologische und ökonomische Dynamik, und sicherstellt, dass die Bedingungen gleicher Freiheit, dass soziale Gerechtigkeit und Gerechtigkeit gegenüber zukünftigen Generationen realisiert werden. Im Folgenden soll die grundlegendere Frage erörtert

Schulen sollten Paläste sein
#dasistsozi